

Rede zum Integrationsdekret

Sehr geehrter Herr Präsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament.

Der Entstehung dieses Dekrets liegt ein langer Prozess und ein intensiver Dialog zugrunde. Angefangen hat alles schon im März 2014, als der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration (RESI) der DG ein Konzept zur Migration und Integration vorgelegt hat.

Daraufhin folgte 2015 die Einsetzung der Arbeitsgruppe Integrations-Parcours.

Zusammengestellt aus Vertretern des Wirtschafts- und Sozialrates, lokaler Behörden, von Info Integration und Migranten selbst, haben sie 2016 der Regierung eine Reihe von Empfehlungen übermittelt, wie ein Integrations-Parcours in der DG aussehen sollte.

Auf Basis dieser Empfehlungen hat die Regierung 2016 ein allgemeines Konzept zur Integration verabschiedet, welches wir auch bereits hier im Hause diskutiert haben.

Das Projekt Integrations-Parcours ist dann Anfang dieses Jahres in eine Pilotphase gestartet. Mehrere Partner, darunter Info Integration und die ÖSHZs Eupen, Raeren,

St.Vith und Burg-Reuland haben 1 Jahr lang die Zusammenarbeit untereinander im

Integrations-Parcours getestet. Das Ergebnis ist äußerst positiv zu bewerten. Insgesamt

306 Migranten haben an den Kursen teilgenommen, Info Integration und auch die ÖSHZS

zeigten sich in einer Anhörung hier im Parlament sehr zufrieden.

Sie begrüßten außerdem ausdrücklich, dass nun auf dekretaler Basis, eine einheitliche Vorgehensweise bei der Orientierung und Integration von Migranten verankert wird.

Über diverse Punkte des Dekrets ist im zuständigen Ausschuss viel diskutiert worden, ich möchte nur auf einige Punkte eingehen.

Wer ist dafür verantwortlich, dass Integration gelingt?

Einerseits natürlich der Migrant, nach dem Prinzip "fordern und fördern" wird er unterstützt, muss aber auch Bedingungen erfüllen. Und andererseits natürlich die Regierung, sie hat sich in diesem Dekret verpflichtet, die nötigen Angebote zur Verfügung zu stellen. Aber nicht nur die Regierung der DG, denn Integration ist eine Querschnittsaufgabe, jeder ist gefordert. In diesem Zusammenhang von einer unzumutbaren Belastung der Gemeinden zu sprechen ist völlig übertrieben. Die Gemeinden organisieren den Erstempfang, was naheliegend ist, denn für jeden, der irgendwo hinzieht, ist die Gemeinde die erste Anlaufstelle und zukünftiges Zuhause. Sie informiert, erklärt die ersten Schritte und vermittelt den Migranten weiter zu Info Integration. Jede Ebene muss mitarbeiten, wenn Integration gelingen will: Gemeinschaft, Gemeinde, Dienste und natürlich auch die Zivilgesellschaft. Für das große Engagement der Ehrenamtlichen in diesem Bereich sollte an dieser Stelle auch einmal gedacht werden.

Die Gemeinden stellen außerdem die Räumlichkeiten für die Kurse zur Verfügung und werden angehalten, sich für Integration einzusetzen. Und das ist doch völlig normal, sie sind am nächsten dran am Geschehen. Unmittelbarer Bedarf fällt hier am stärksten ins Auge und es kann reagiert werden. Über den im Dekret vorgesehenen Artikel zu

innovativen Projekten ist festgehalten, dass solche durch die DG bezuschusst werden können. Und bei Erfolg auch strukturell verankert werden können.

Die Gemeinden werden nicht überfordert, sondern unterstützt, damit gemeinsam an einem Gelingen des Parcours gearbeitet werden kann. Die DG bezuschusst aus diesem Grund zwei kommunale Integrationsbeauftragte, die genau das zur Aufgabe haben: auf kommunaler Ebene koordinieren, vernetzen und Bedarfe ermitteln.

Wer wird verpflichtet den Integrations-Parcours zu durchlaufen? Ganz einfach, die Regierung wird diejenigen verpflichten, die sie verpflichten kann und die, bei denen es Sinn macht. Schüler lernen Deutsch in der Schule und Senioren zu einem Sprachkurs zu verpflichten macht wenig Sinn.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass vor wenigen Wochen auch die Mittel für die Förderung von « Deutsch als Fremdsprache » im Unterrichtswesen deutlich erhöht wurden. Den Schulen wird mehr Personal zur Verfügung gestellt, um die Sprachförderung verbessern zu können.

Alle die freiwillig am Integrationsparcours teilnehmen möchten, werden im Rahmen der freien Plätze bedient. Es ist schwierig, vorab den Bedarf einzuschätzen und auch das Organisieren der Kurse an sich ist eine große Herausforderung. Das wurde uns sowohl von Gemeinden, ÖSHZs und den Sprachanbietern bestätigt. Die Gruppen sind extrem heterogen, jeder hat ein anderes Sprachniveau. Es gibt Analphabeten, viele beherrschen das lateinische Alphabet nicht, einige haben nie eine Schule besucht.

Wenn man die Sprachkurse so organisieren möchte, dass möglichst viele dem Unterricht folgen können, dann muss jeder da abgeholt werden wo er steht, so sagte es auch der Präsident der Volkshochschule. In der Pilotphase wurde festgestellt, dass wesentlich mehr

niederschwellige Kursangebote benötigt werden als ursprünglich gedacht, um die Menschen erst fit für die Intensivsprachkurse zu machen.

Die angestrebten Sprachniveaus A1 und A2 sind in der Folge nichts anderes als vernünftig und auch genauso von Sprachwissenschaftlern empfohlen. Niemand wird daran gehindert mehr zu machen, und im Bereich der Erwachsenenbildung gibt es Sprachkurse die nach Beendigung der Integrations-Parcours besucht werden können. Von einem Analphabeten allerdings den Erwerb eines B1 Niveaus zu fordern innerhalb von 2 Jahren ist unrealistisch.

Wie kann eine effiziente Begleitung gelingen?

Ganz im Sinne der Idee, jeden da abzuholen, wo er steht, ist die Begleitfunktion des Referenzzentrums Info Integration. Aus diesem Grund findet ein Erstgespräch statt und es wird eine Sozialbilanz erstellt. Diese spiegelt die allgemeine Lebenssituation des Migranten wieder, Familie, Wohnen, Sprachkenntnisse, usw. Die Sozialbilanz wird im Rahmen der Begleitung, laufend aktualisiert und angepasst um Änderungen der Lebensumstände berücksichtigen zu können. Am Ende des Parcours wird dann ebenfalls eine abschließende Sozialbilanz erstellt, um den Werdegang des Migranten wiederzugeben.

Was ist das eigentliche Ziel dieses Dekrets?

Ziel ist die sozial-gesellschaftliche Integration und die sozial-berufliche Information. Die Menschen die zu uns kommen, müssen sich erst einmal bei uns zurechtfinden und die Sprache erlernen. Man muss sie da abholen, wo sie stehen, und das in Bezug auf ihre Ausbildung, Familiäre Situation, ihren Gesundheitszustand und ihre Erlebnisse. Der Begriff

Integration und die damit einhergehenden Verpflichtungen sollten positiv besetzt sein, nach dem Motto: Ja du musst gewisse Regeln befolgen, aber wir helfen dir dabei. Ich denke, das ist in diesem Dekret gelungen und darauf kann man aufbauen.

Es ist schade zu sehen, dass die CSP aus diesem Dekret ein Politikum macht, anstatt im zuständigen Ausschuss konstruktiv mitzuarbeiten. Während die Abänderungsvorschläge der anderen Oppositionsparteien in Ruhe diskutiert werden konnten, hat die CSP ihre eigenen Vorschläge in letzter Sekunde eingereicht. Ganze 4 Wochen nach Vorstellung des vorliegenden Dekrets und knapp 24 Stunden vor der anstehenden Abstimmung. Unter seriöser Parlamentarischer Arbeit verstehen wir etwas anderes, vor allem weil für das Verfassen von Pressemitteilungen immer genug Zeit zu bestehen scheint. Die Mehrheitsfraktionen wären sehr für einen konstruktiven Austausch gewesen, allerdings schien dieser gar nicht erwünscht..

Sie haben gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die verschiedensten Akteure haben dazu beigetragen, dass heute ein Integrationsdekret verabschiedet werden kann.

Sämtliche Akteure aus dem Bereich Integration, die Sozialpartner, die ÖSHZS, die Gemeinden, der RESI und auch Migranten selbst, haben in einem über 3 Jahre lang anhaltenden Prozess Empfehlungen ausgesprochen, den Integrations-Parcours optimiert und zur Entstehung dieses Dekrets beigetragen. Ich freue mich, dass an diesem Prozess so viele mitgewirkt haben denn Integration ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam gemeistert werden kann. Und das beginnt bei jedem einzelnen.

Vielleicht sollte sich an dieser Stelle mal jeder an die eigenen Nase fassen und überlegen, in was für einer Gesellschaft er gerne leben möchte. In einer offenen? Und toleranten? In

der jeder die Möglichkeit hat, sich zu entfalten, unabhängig von Alter, Herkunft oder Geschlecht? Genau das ist es doch, was wir so gerne von den Menschen verlangen, die zu uns kommen. Aber wenn wir selbst es nicht vorleben, kann man es uns auch nicht nachmachen.

Ich freue mich deshalb darüber, dass unsere Gemeinschaft die Finanzmittel für Integration deutlich erhöht hat. Von 500.000 EUR auf 1.500.000 EUR pro Jahr. Wir investieren in diesen Bereich mehr als die beiden anderen Gemeinschaften unseres Landes. Und das ist gut so. Das sind die richtigen finanzpolitischen Prioritäten.